

Rainer Rilling

**1 - Warum. Die Welt, die wir verändern wollen – über  
starke Ökonomie und starke Politik. Zentrale gesellschaftliche  
Konfliktfelder der Gegenwart**

Beitrag zu den Thesen der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Seminar  
*„Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure,  
Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus“*,  
Rio de Janeiro, Juni/Juli 2004

## 1 In welcher Zeit leben wir?

Es ist vor allem die Zeit der Übergänge und Transformationen in einer Welt der neuen Diversität und Spielarten des Kapitalismus - die Zeit des *le capitalisme contre le capitalisme* (Michel Albert) und die Welt der *varieties of capitalism* (Peter Hall). Also eine Zeit der Krisen und Kämpfe um Entwicklungswege. Ob diese Diversität freilich einen langen Atem hat und welche Varianten sich erst bilden, ob die Kapitalismen letztlich konvergieren oder zu hybriden Formen verwachsen - das ist offen. Erst recht, ob etwas und was *nach* den Kapitalismen kommt und wer dorthin treibt. Welche Pfade eingeschlagen werden, ist immer auch eine Frage der Politik.<sup>1</sup> Vielleicht wird es im Rückblick heißen: es war die Zeit, die eine Fülle neuer Versuche der Arbeit an diesen Entwicklungspfaden und zugleich ganz neuartige Ausbruchsversuche aus den Kapitalismen hervorbrachte. Oder: es war die Zeit des Übergangs zu einem neuen hegemonialen kapitalistischen Muster, wie es der Fordismus war. Vielfalt schließt ja eine hegemoniale Form nicht aus.

Die hegemoniale Struktur dieser Zeit des Übergangs war und ist jedenfalls der *Neoliberalismus*. Er allerdings steckt mittlerweile in einer doppelten Kalamität: die Macht und Kraft seiner noch jüngst so festen ideologischen Rechtfertigungen schwindet nicht nur in Lateinamerika, Europa oder auch, auf andere Weise, in Rußland - auch, weil die Überzeugungskraft seiner führenden rechtspopulistischen (Berlusconi, Haider) und sozialdemokratischen Verfechter (Blair, Schröder) doch verliert. Und der Kampf zwischen seinen Repräsentanten im kapitalistischen Zentrum um den Weg, den der Neoliberalismus in Zukunft nehmen soll, ist voll entbrannt: der zentrale gegenwärtige Konflikt ist, ob das Projekt eines *neuimperialen Neoliberalismus* oder eines in sich widersprüchlichen *neoliberalen Empire* innerhalb dieser Struktur dominant und - mehr noch - imstande sein wird, ein neues kapitalistisches Muster global durchzusetzen. Sicherlich steht dabei auch die Frage, ob ein solches Muster dann noch einem Ordnungsrahmen folgt, der neoliberal genannt werden kann. Doch man sollte nicht der verbreiteten Neigung nachgehen, sich gleichsam im Geist der neoliberalen *pensée unique* ein monolithisches Bild von dieser neoliberalen Konstellation zu machen. Längst schon ist sie in sich hoch differenziert. Die neue Rede vom *Empire* (sei es nun *american* oder nicht) geht zumeist davon aus, dass es dabei um eine bloße Macht- oder Kapitalismus-variation geht (zum Beispiel ein *Empire* als planetare politische Ordnung des postmodernen Globalkapitalismus). Worum es aber gegenwärtig geht, ist eine neuartige Strukturbildung wesentlich *innerhalb* der Konstellation des Neoliberalismus.

---

<sup>1</sup> Dieter Klein (Hrsg.): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung.* Berlin 2003

Das Bild ist dennoch keineswegs eindeutig. Denn einerseits repräsentiert der angloamerikanische Kapitalismus diese hegemoniale Struktur des Neoliberalismus am mächtigsten und hat sie auch entscheidend hervorgebracht: wir leben gegenwärtig im Zenit eines zweiten amerikanischen Hegemoniezyklus („USA II“), der Mitte der 70er begann [der erste - „USA I“ – dauerte von 1850 bis 1974 und zehrte von seiner Dominanz in den Leitsektoren Stahl, Chemie, Elektrotechnik, dann Automobil, Flugzeugbau und Energie] und sich auf die US-amerikanische Überlegenheit in der Informationstechnik, dem Finanzwesen, der Rüstungs- und der Kulturindustrie stützt. Schon deshalb ist von außerordentlicher Bedeutung, welche Entwicklungsrichtung die nachgerade seit 1830 hegemoniale angloamerikanische Kapitalismusvariante einschlägt. Andererseits ist der angloamerikanische Kapitalismus eine *minoritäre* Kapitalismusform gegenüber solchen Marktökonomien, die weiterhin durch relativ große Staatsintervention und vergleichsweise größere Gleichheit geprägt sind (von den kontinentalen Wohlfahrtsstaaten bis zu den asiatischen Entwicklungskapitalismen). Prognosen sind schwer.

## 2 Fragen

Diese widersprüchliche Situation hat auch das Denken und Reden über sie geändert. In vielen kapitalistischen Staaten des Nordens durfte in den 50er und 60er Jahren das existierende Wirtschaftssystem nicht als *Kapitalismus* bezeichnet werden. Erst in den folgenden Jahren änderte sich dies. Und während in den 90ern die *Globalisierung* das „neutrale“ Leitthema in der Politik bzw. den Sozialwissenschaften war und über *Dritte Wege* oder *Good Governance* räsioniert wurde, sind im Folgejahrzehnt *Empire* und *Imperialismus* wieder legitime oder befragungswürdige Begriffe geworden. Innerhalb der politischen Linken ist damit eine neue Debatte entstanden, in der just jene Begriffe neu bewertet und ihr Verhältnis zueinander wieder vermessen wird, die in der jahrzehntelangen postmodernen Zeit der Absage an „große Erzählungen“ unter die ideologischen Räder geraten waren.

Die offensichtlichen „großen“ Fragen sind<sup>2</sup>: wie ist das Verhältnis von Globalisierung zu Empire und Imperialismus und wie beziehen sich letztere zueinander? Können wir „Empire“ denken ohne den modernen Kapitalismus als Imperialismus zu konzipieren – ist also beispielsweise Imperialismus etwas vergangenes, wie Hardt/Negri mehr oder weniger überzeugend darstellten?<sup>3</sup> Sollen wir Imperialismus als Phase oder Modus der Globalisierung verstehen oder als eine grundsätzlich eigenartige Dynamik? Wenn Empire oder Imperialismus eine Form oder ein Teil der Globalisierung

---

<sup>2</sup> Jan Nederveen Pieterse: *Globalization or Empire?* New York / London 2004 S.17ff.

<sup>3</sup> Michael Hardt, Antonio Negri: *Empire*, Cambridge 2000

sind, wie müssen wir dann das Imperialwerden einer neoliberalen Globalisierung begreifen? Und wie ist in diesem Verständnis der US-amerikanische *regime change* von neoliberaler Globalisierung hin zu einem militärischen Globalismus zu verstehen? Und ist dies ein „unipolarer moment“, eine imperiale *Episode* oder nicht nur ein *regime change*, sondern ein *langer Wandel* des Systems, der den Charakter der neoliberalen Globalisierung substantiell ändert? Und endlich: während es weithin üblich ist, Kapitalismus bzw. Globalisierung und Neoliberalismus zusammenzudenken – wie steht es um das Verhältnis von Neoliberalismus, Empire und Imperialismus?

Überhaupt – Stichwort Imperialismus. Sollten wir einem traditionellen Verständnis folgen und allein schon angesichts des neuen Militarismus den gegenwärtigen Kapitalismus und seine Expansion in Form der neoliberalen Globalisierung einfach als Imperialismus begreifen? Oder haben wir es mit einem „*new imperialism*“ zu tun – und was ist dabei das „Neue“? Sein endgültig globaler Ausgriff nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus? Ist dies einfach informeller „imperialism without colonies“, wie dies Harry Magdorff 1969 formuliert hat? Oder ist dies (ganz anders) ein räuberisches Regime der *accumulation by dispossession*, wie David Harvey es skizziert hat?<sup>4</sup>

Und schließlich: wie ist die Rolle der USA zu bewerten? Gibt es ein American Empire? Gibt es einen besonderen *American way of imperialism*, das „empire light“ (Michael Ignatieff), das „informal empire“ (Leo Panitch oder Peter Gowan oder Joachim Hirsch) oder das „benign empire“, von dem die Neocons uns erzählen? Oder sollten wir die neuimperiale Wende der USA als die Bildung eines neoliberalen Empire begreifen, das auf sehr widersprüchliche Weise traditionell neoliberale und imperiale Praxen miteinander verbindet – also den starken nationalen Sicherheitsstaat und „small government“, den Shareholderkapitalismus mit einem staatsalimentierten Militär-Industrie - Komplex, die Unendlichkeit der globalen Finanzmärkte mit der Begrenztheit territorial ansetzender Geopolitik der Militär-, Rüstungs- und Extraktionsindustrie (Öl!), den Multilateralismus mit dem Unilateralismus, die Disziplin des freien Marktes mit der Disziplin des Militärischen und der neuen *landscapes of fear*, den politischen Kriegern, die für eine starke Politik kämpfen mit den Marktradikalen, die auf Schwächung des Staates und der Politik aus sind, den Besitzbürger und Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft mit dem Besatzer? Ist ein neoliberales Empire der Anfang vom Ende von drei Jahrzehnten Neoliberalismus oder ist es ein Neuaufschwung des neoliberalen Kapitalismus? Ist es eine relativ stabile Form oder sollten wir ein neoliberales American Empire als Passage zu etwas anderem begreifen? Ist dies ein *Empire in Decline* wie uns seit den

---

<sup>4</sup> David Harvey: *The New Imperialism*, Oxford 2003

Siebzigern viele linke Intellektuelle von Paul Kennedy über Lester Thurow und Giovanni Arrighi bis zu Immanuel Wallerstein, Robert Brenner, Emmanuel Todd oder David Harvey („nur noch dominant oberhalb 30 000 Fuß“) erzählen oder ist dies ein *Rising Empire*, eine neue Hypermacht, die erstmals in der Geschichte auf Dauer zwischen sich und dem Rest der Welt einen grundsätzlichen Machtunterschied setzen kann? Oder ist das alles viel Lärm um Nichts und die Welt der Blöcke um die *Triadenmächte* USA, Asien, Europa ist weitgehend unverändert?

### 3 Konfliktfelder

Diese Fragen sind sicherlich theoretische Fragen. Doch sie sind zugleich von grundlegender politischer und moralischer Bedeutung. Ralph Peters, ein früherer Geheimdienstoffizier der US-Army, dessen Aufgabe das Nachdenken über zukünftige Kriege war, formulierte zu dieser Zukunft: „We are entering a new American Century, in which we will become still wealthier, culturally more lethal, and increasingly powerful. We will excite hatreds without precedent...The de facto role of the U.S. armed forces will be to keep the world safe for our economy and open to our cultural assault. To those ends, we will do a fair amount of killing.“<sup>5</sup> Gelingt es, das Regiment des Neoliberalismus, seine ideologischen Positionen und politischen Versprechen weiter kritisieren und zu schwächen und seine Wirksamkeit im Alltagshandeln durch alternative Praxen zu erschüttern, dann wird auch die Wende zu einem neoliberalen Empire und *einer nach innen autoritär und nach außen vorwiegend militärisch durchgeführten konkurrenz- und finanzmarktgetriebenen Globalisierung* erschwert. Und gelingt eine Delegitimierung des neuimperialen Projekts und die weitere politische Schwächung der neuen *political warriors*, dann erschüttert dies auch seine Grundlage, den Neoliberalismus und seine Schlüsselprojekt: *die Lösung der Krise des Fordismus durch die (Re-)Kommodifizierung und Vermarktlichung aller Lebensbereiche (Kapitallogik) und damit die Beseitigung der verschiedenen Regimes sozialer Sicherheit und solidarischer Integration (Soziallogik)*.

Diese drei zentralen Konfliktfelder in der Auseinandersetzung mit Neoliberalismus, neoliberaler Globalisierung und neuimperialem Projekt – also: *politische Teilhabe, Dekommodifizierung (Soziallogik) und Durchsetzung einer zivilen, ausgleichenden und demokratischen politischen Verfassung der Globalisierung* – sind nicht neu, wohl aber ihre Entwicklungsbedingungen: also die Zeit (Übergang), der Raum (Weltsystem) und die beteiligten Akteure. „Is the world a system shaping the actors in it and directing their strivings, or is it an arena, where actors who were formed outside act and interact?“ war

---

<sup>5</sup> Ralph Peters: Constant Conflict, in: Parameters [US Army War College Quarterly] Sommer 1997 S.4-14 (<http://carlisle-www.army.mil/usawc/Parameters/97summer/peters.htm>)

die Frage in Göran Therborns Auseinandersetzung mit der Globalisierung<sup>6</sup> und er antwortet: die Welt ist System und Arena gleichermaßen. Das ist sicherlich richtig. Doch die Entwicklung im neuen Jahrzehnt und das ständige Hereinkommen der „großen“ Fragen in die „kleinen“ lokalen Konflikte und Prozesse zeigt, dass der Kampf um die politische Form des Globalkapitalismus und seine Entwicklungsrichtung – die „Systemfrage“ par excellence – ein eigenes Politikfeld von neuem Gewicht geworden ist. Immer noch geht es dabei vor allem um den Neoliberalismus.

## 4 Starke Ökonomie: Neoliberalismus

### Erfinder

Dieser Neoliberalismus allerdings ist weder einfach von großen Theoretikern wie Hayek noch von den Ideologen der neoklassischen Chicagoer Schule erfunden, von großen PolitikerInnen wie Thatcher und Reagan durchgesetzt oder durch einen *Washington Konsensus* der kapitalistischen Welteliten besiegelt worden. Es waren nicht Theorien und ökonomische Konzepte, die den Neoliberalismus zur globalen Machtwirklichkeit werden liessen. Ideen blamieren sich bekanntlich, wenn sie ohne die Zuneigung der Wirklichkeit auskommen müssen. Seine Chance auf die *Wirklichkeit* waren die Krise des fordistischen Sozialstaatskapitalismus, der Hegemonieverlust der USA in den 60ern und frühen 70ern und die geduldig machteffiziente Diskurspolitik der neoliberalen Thinktanks und Netzwerke. Seine Chance zur *Verallgemeinerung* im globalen Rahmen war die Zäsur Mitte der 70er in zahlreichen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, die vergleichbar war mit jenen Anfang des 20. Jahrhunderts und seinen 20er/30er Jahren: im Unterschied zu früher wurde damals im Aufschwung der zyklischen Krise die Arbeitslosigkeit nicht mehr wesentlich abgebaut, die Armut nahm zu und es entstand die Situation einer strukturellen Überakkumulation, in welche der Lösungsvorschlag der neoliberalen Konstellation hineinstieß. Seine Chance auf *Hegemonie* endlich kam aus seiner Fähigkeit und Bereitschaft zur Verkoppelung und Bündelung ungewöhnlich unterschiedlicher politisch-sozialer, ideologischer und kultureller Akteure, Strömungen und Kulturen.

Die wirkliche *materiale* Matrix der politischen *Ökonomie* des tatsächlich existierenden Neoliberalismus und sein starker *politischer* Muskel aber ist der *Süden* der USA gewesen. Der Pfad, dem sie folgten, war der Bedingungs- und Machtraum des Militarismus des Kalten Krieges. Insofern ist der Neoliberalismus ein US-amerikanisches Projekt. <sup>7</sup> Neoliberalismus im mächtigsten Land der Welt bedeutete in den 70ern und 80ern die Durchsetzung des

---

<sup>6</sup> Göran Therborn: 'Globalization', in: *International Sociology* 2 / 2000 S.155.

<sup>7</sup> Pieterse, *Globalization*, S.2ff.

gewerkschaftsfeindlichen, arbeitsintensiven, reaktionären, rassistischen und bürgerrechtfeindlichen Niedriglohn- und Niedrigsteuermodells der Extraktions- und Ausbeutungsökonomie des amerikanischen Südens, das bereits vor Reagan existierte, von ihm aber in den USA auf nationaler Ebene endgültig durchgesetzt wurde. Diese Zielkulturen machen den *wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen* Kern des Neoliberalismus aus. In den liberalen 60ern und frühen 70ern hätte man erwarten können, dass sich der fordistische Amerikanismus des Nordens und Ostens der USA auch im Süden durchsetzen würde. Das Gegenteil geschah: neben der Revitalisierung der Dominanz der Wallstreet über die Zerschlagung des Bretton-Woods-Systems (welche die *finanzpolitische* Zielkultur des Neoliberalismus fixierte) ersetzte die republikanisch-konservative Ökonomie des Südens die liberalen und sozialpolitisch integrativen Werte des Nordens (New Deal, Great Society). Seit den 70ern dominierten die Konservativen des Südens die amerikanische Politik – eine Strömung, die fast siebenzig Jahre den verschiedenen Varianten eines amerikanischen Sozialstaats (New Deal) widerstanden hatte und mit Bush II mittlerweile außen- und innenpolitisch an die Macht kam. Diese Veränderungen in den USA waren Vorläufer der Umbauten im globalen Süden: der dortigen Strukturanpassungspolitik der Liberalisierung und Privatisierung ging in den USA unter Reagan die Entmachtung des Regulationsstaats voraus. Es waren also der *Dixie Capitalism* des Südens, das *Wallstreet-Dollar-Regime* des Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des *Cold War* und die Ideologen aus der *Mont-Pelerin-Society* oder der *Chicago School* und ihrer Vorläufer mit ihrer *marktenthusiastischen* Zielkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 80er und 90er als ein neues politisches Projekt konfigurieren. Und vieles spricht dafür, dass über seine Varianten oder Ablösung auch in den USA entschieden wird.

## **Ziele**

### **Beseitigung des Solidarprinzips**

Dieses Konstrukt des Neoliberalismus war und ist militant. Es verstand sich seit jeher als aggressiv aktivistisches und *transformatorisches Projekt*. Auch der Neoliberalismus will – mindestens – „Reform“. Doch während der linke Reformismus die Reform des Kapitalismus erstrebte, will der neoliberale Reformismus der Rechten den Markt reformieren, *indem er ihn befreit* und jede/r soll und kann daran mittun. Diese gute Absicht verknüpft unvergleichlich praktisch Politik und Ökonomie - ist es doch schwer, „den Markt“ zu kritisieren, denn er nimmt keine Beschwerden entgegen. Er ist anonym. Er hat keine Postanschrift. Daher sind die Politiker für ihn nicht zuständig oder sie sind ohnmächtig wie die Bürger. Sie können aber dennoch alle helfen, die Hindernisse für die Unternehmensfreiheit und die

Profitmaximierung zu beseitigen, vor allem indem kollektive institutionelle Strukturen ausgehöhlt werden. Das nützt der Marktbehebung. Dazu gilt es Gesetze und soziale Rechte und den Sozialstaat zu demontieren - Neoliberalismus heißt auch: „vom Gesetz zurück zum Vertrag“<sup>8</sup>. Der Neoliberalismus macht Front gegen alle noch so peripheren Formen von Staat, die er als Träger eines *Solidarprinzips, der Systeme sozialer Reproduktion* oder eines *Sozialfordismus* aus keynesianischer Nachfragestabilisierung, Ressourcenbereitstellung und wohlfahrtstaatlicher Reparaturleistungen zur stabilisierenden Sozialintegration identifiziert – sei es der keynesianische Interventionsstaat in den kapitalistischen Zentren, der Entwicklungsstaat im Süden oder der geschwundene realsozialistische Planstaat im Osten. Er macht Front gegen die *soziale Staatsbürgerschaft*, die politische Demokratie und patriarchalischen Wohlfahrtsstaat zu einem Projekt der Zivilisierung des Kapitalismus verbinden wollte. Er kündigt den alten fordistischen Klassenkompromiss auf, der auf dem Tauschgeschäft zwischen der Anerkennung des Kapitalismus durch die reformistische Arbeiterbewegung und der Anerkennung der Vollbeschäftigungspolitik und des Sozialstaats durch das Kapital bestand. Endlich klaubt er die normativen Leitideen und moralischen Ideale des Sozialfordismus zusammen, um aus ihnen den *Geist des Kapitalismus* neu zu formulieren<sup>9</sup>: Individualismus wird zur Flexibilitätschance, die Entgrenzungskulturen der authentischen Selbstverwirklichung mutieren zum schrankenlos libertären Marktunternehmertum und einem Lob der Kultur der Desorganisation, Autonomie wandelt sich zur befreiend antibürokratischen Entsicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und Eigenverantwortung realisiert sich nur noch „objektiv“ über ein Leistungsprinzip, dessen Honorierung allein der Markt besorgt. Der hegemoniale Konsens des Neoliberalismus bildet sich über den Reiz eines bunten Kaleidoskops der Chancen – neoliberale *soft culture*.

## Entgrenzung

Der politische Neoliberalismus operiert nicht mit zuerst Macht oder Moral. Den Kern seiner politischen Kraft macht seine radikale Option für das *Nichtpolitische* aus: den Markt. Seine Stärke ist geborgt und seine Dynamik ist geliehen. Der Markt aber ist das Beste, auf das man im Kapitalismus setzen kann – er ist die große Zusammenfassung und der unübertroffene Zugang. Für die Marktaktiven ist die Lebenswelt einzig Beute. Sie beanspruchen alles. Sie gehen aufs Ganze. Sie lassen keiner anderen Utopie Raum als der einen: *There is no alternative*. Sie empfehlen allen, sich individuell zu bereichern. Die innere Ratio ihres Bewegungsmodus ist daher die Überschreitung ohne Ende. Sie akzeptieren keine Schranken und keine

---

<sup>8</sup> Sozialismus 4 / 2004, S.6

<sup>9</sup> Luc Boltanski, Eve Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003; Martin Hartmann, Axel Honneth: *Paradoxien des Kapitalismus*, in: *Berliner Debatte Initial* 1/2004.



Grenzen. Sie machen nicht Halt und lassen nichts aus. Sie zielen auf Entgrenzung bis zum Universellen. Entgrenzung, Kommodifizierung und Entsicherung verschlingen sich da.<sup>10</sup> Wo der Markt nur zu sich gekommen ist, wenn er die ganze Welt vermittelt, da muss und soll alles seinen Preis haben, alles gekauft und verkauft werden können. Maßloses Wachstum und ununterbrochene Arbeit an neuen Entgrenzungen und Einverleibungen sind eins. Was noch außen war, wird eingeschlossen, inkludiert. Auch die neuen Räume im Inneren – die Natur, Körper und Psyche des Menschen, die immaterielle Produktion und Konsumtion – und die fremden Welten im weltdoppelnden Virtuellen werden in dieser neuen Bio- und Cyberpolitik ohne Maß eingemeindet. Die alten Gegensätze des Fordismus - Stadt und Land, Zentrum und Peripherie, Arbeit und Wohnen - werden geschleift und in neue Konstellationen der Polarisierung und Pluralisierung (Heterogenisierung) transformiert.

Im politischen Zentrum der entgrenzenden Kommodifizierung der Kapitallogik des Neoliberalismus steht also eine ausschließlich *marktbürgerliche Rekonstruktion des Sozialen*, die politische (Sozialstaat) und zivilgesellschaftliche (Bürgergesellschaft) Konkurrenzprojekte konterkariert. Vier politische Implikationen und Folgen des Neoliberalismus stechen dabei hervor:

### **Ungleichheit**

*Erstens bedeutet Neoliberalismus wachsende Ungleichheit.* Wenn eine Gesellschaft aufgrund zunehmender Produktivität weniger Arbeitszeit benötigt, um die nachgefragten Bedarfsgüter zu erzeugen, so steigert das den allgemeinen Wohlstand in Form einer Verringerung der notwendigen Arbeitszeit – im Kapitalismus freilich nimmt die Zeitersparnis die Form von Arbeitslosigkeit an. 700 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Arbeitslosigkeit ist auch in den kapitalistischen Zentren in der Zeit des Neoliberalismus zum dauerhaften Massenphänomen geworden und fungiert als ein zentrales Medium der zunehmenden sozialen Spaltung und Fragmentierung, Prekarisierung, Informalisierung und Exklusion. In Lateinamerika sind mehr als 60 % der Erwerbspersonen, in Afrika südlich der Sahara an die 90 % und in den Industrieländern in der Regel bis zu 30 % der Arbeitskräfte informell tätig: ohne gewerkschaftlichen Schutz, ausreichende Sozialversicherung, Arbeitsverträge, Tarifverträge. Es ist eine neue Konstellation der sozialen Ungleichheit und enormen Polarisierung entstanden. Sie fasst sich zusammen in der Rekommodifizierung der Arbeitskraft. Drei Nachkriegsjahrzehnte fordistischen Wachstums brachten zwar keineswegs eine Angleichung der Vermögen, aber mehr Einkommensgleichheit. Es folgten zwei Jahrzehnte Neoliberalismus mit *mehr Ungleichheit* der Vermögen und

---

<sup>10</sup> Dieter Sauer: Die neue Unmittelbarkeit des Marktes, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/2003 S.257ff.

Einkommen. Der Einkommensabstand zwischen dem Fünftel der Weltbevölkerung in den reichen Ländern und dem Fünftel in den ärmsten entwickelte sich wie folgt<sup>11</sup>:

1820	3:1
1870	7:1
1913	11:1
1960	30:1
1990	60:1
1998	78:1

Während ein Drittel der Weltbevölkerung ein Einkommen von weniger als einem Dollar am Tag hat (und nimmt man 2 Dollar als Armutslinie, dann lebten Anfang der 90er 2,8 von 6 Mrd Menschen in Armut), ist das Einkommen des reichsten 1 % der Einkommensbezieher der Welt äquivalent dem der ärmsten 57 %. Der Reichtum der drei reichsten Menschen der Welt entspricht dem Bruttosozialprodukt der geringst entwickelten Länder, in denen 600 Millionen Menschen leben. Nach dem jüngsten Bericht der UNDP ist die Wirtschaft von 54 Ländern – also ein Viertel der Staaten – 2003 ärmer, als sie es 1990 war. Die Mehrzahl der an der Spitze des Weltmarkts stehenden Staaten stand dort schon vor 100 Jahren. Dem übergroßen Teil der drei Viertel der Menschheit, die Ende nächsten Jahrzehnts in den großen Städten leben werden, werden in ihren Megametropolen des Südens und Ostens alle öffentlichen Einrichtungen der Grundversorgung und sozialen Ressourcen fehlen, die in den Städten des Nordens vorhanden sind. Auch in den reichen Ländern schließt dies ein, dass die Finanzierung der öffentlichen Hände zunehmend eine Sache der Einkommensschwachen und Geringvermögenden ist: In den letzten 25 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen von 30 % auf 35 % gestiegen, der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern dagegen von 29 % auf 14 % gefallen – die letztgenannte Differenz entspricht rund 70 Mrd € im Jahr<sup>12</sup>, auf der anderen Seite kassierten die Vermögensbesitzer jährlich rund 50 Mrd € Zinsen an Bedienung der gegenwärtig 1 300 Mrd € Staatsschulden<sup>13</sup>. Ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen ist ein zentrales Ziel des Neoliberalismus, das er in kurzer Frist erreicht hat.

<sup>11</sup> Pieterse, Globalization, S. 63, 68

<sup>12</sup> [http://www.verdi.de/0x0ac80f2b\\_0x00c0457f](http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x00c0457f)

<sup>13</sup> Sozialismus 11/2003 S.3

## **Privatisierung**

*Zweitens bedeutet Neoliberalismus Privatisierung* bereits existierender Staatsfirmen (Industrieunternehmen, Infrastruktur- und Versorgungsunternehmen, traditionelle und neue Netzwerkindustrien - Verkehr, Mobilität, Kommunikation, Finanzunternehmen) und private Inwertsetzung natürlicher und immaterieller Ressourcen und die entsprechende Vergabe neuer Eigentumsrechte (insbesondere Boden, Gene, Wasser, Wissen, Technik). Eine weitere Form ist das Outsourcen öffentlicher Dienste ohne Eigentumswechsel (z. B. in Form von Privat Public Partnerships). Seit den 90ern geht die letzte Serie der Privatisierung auf die Systeme der sozialen Sicherheit - Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge - da dies die letzten großen real existierenden öffentlichen Ressourcen sind jenseits des natürlichen oder immateriellen Materials, das erst zukünftig und mühselig in Wert gesetzt werden muss. Damit geht es gegen die Zentren der sozialen Kohäsion und Integration. Käufer sind im wesentlichen Firmen in denselben Sparten sowie Banken bzw. institutionelle Investoren. Analysiert man die Folgen der neoliberalen Privatisierung und fragt nach der Entwicklung der Versorgung (Dienste), der Preisentwicklung, den Folgen für die Beschäftigung, der inneren Effizienz und endlich nach Profitabilität und Umverteilungseffekten, dann zeigt sich, dass die Bilanz vor allem hinsichtlich der ersten vier Kriterien negativ ist; auffällig ist aber auch, dass die Privatisierungsfolgenabschätzung in jeder Hinsicht unterentwickelt ist<sup>14</sup>. Zudem hat die neoliberale Privatisierung der Welt im letzten Vierteljahrhundert zunehmend die Sphäre der Ökonomie weit hinter sich gelassen: längst geht es um die Privatisierung des Politischen und seines Gewaltmonopols, also der einst unbestritten öffentlichen institutionellen Strukturen mit Durchsetzungsgewalt, die nun oft nicht mehr nach dem Modell staatlicher Strukturen organisiert werden, sondern privaten und damit dem öffentlichen Eingriff entzogenen Zwangscharakter haben: von institutionalisierter Korruption bis zur Biopolitik, insbesondere der Disziplinierung des Körpers in privatisierten Herrschaftsmodi etwa im globalen privatindustriellen Gefängnis-Komplex, in dem mittlerweile Millionen Menschen verwahrt und privater Regie unterworfen werden. Entdemokratisierung und Entmündigung sind zwingende Begleiterscheinungen des modernen und postmodernen Modus der Privatförmigkeit.

## **Neukonfiguration der Macht**

*Drittens bedeutet Neoliberalismus eine Neukonfiguration der Macht.* Dies hat in erster Linie mit der Aufwertung der *Finanzmärkte*, der Finanzialisierung der Ökonomie und damit der Zunahme von Gewicht und Bedeutung des

---

<sup>14</sup> Jörg Huffschild: Corporate Power against Public Goods - the Face of Privatisation, Vortrag WSF Porto Alegre 2003

*Finanzkapitals* im Verhältnis zum produktiven Kapital zu tun<sup>15</sup>. Sie orientieren mittlerweile nicht nur das Verhalten politischer Eliten, sondern entscheiden auch im öffentlichen Bewußtsein über die Richtung und Richtigkeit der Politik der Firmen und Politik, testen sie, belohnen und strafen, korrigieren Fehler und sorgen für Wohlverhalten. Finanzmärkte sind nicht einfach nur ein Teilmarkt, sondern Zuchtmeister ganzer Gesellschaften. Sie sind zentraler Stützpfeiler des neoliberalen Akkumulationsregimes und des Übergangs zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik geworden. Im Zentrum der modernen Finanzmärkte steht dabei nicht die Finanzierung, sondern der Handel mit bereits bestehenden Finanztiteln (Aktien, Anleihen, Krediten usw.), was dazu geführt hat, dass die Umschlagsgeschwindigkeit der Finanzvermögen sich spektakulär erhöht hat. Weiter werden die Finanzmärkte von großen institutionellen Investoren vorangetrieben, wobei zumindest in Europa deren Vermögensfonds größtenteils in den Händen der Banken liegen. Endlich sind moderne Finanzmärkte liberalisierte oder globale Märkte, d.h. es gibt keine Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs. Die Folgen sind Krisenanfälligkeit und Instabilität, denn die große Rolle der Aktien bringt ein starkes spekulatives Element in ihre Bewegung hinein; weiter führt die große Aktivität der Finanzinvestoren zu einem Druck zur stärkeren Durchsetzung der Eigentümerinteressen in den Unternehmen (shareholder value) und endlich forderte der Druck der großen Finanzanleger seit den 80ern kontinuierlich eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der durchaus nachhaltigen Drohung des Kapitalabzugs (Exit-Option). Das langandauernde schwache Wirtschaftswachstum verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit und einer langfristig sinkenden Lohnquote (Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der Löhne und Gehälter) hat dabei im letzten Jahrzehnt zu einer enormen Liquidität geführt, die sich einerseits in einer Fusionswelle, andererseits in Finanzinvestitionen ausdrückte; auf den Börsen und anderen Wertpapiermärkten fand eine rasante Zunahme der Marktkapitalisierung und des Handels vor allem mit neuen finanzkapitalistischen Verwertungsmethoden (Derivate) statt, es gab eine Spekulationsblase und dann brachen die Kurse ein – fiktive Börsenwerte in Billionenhöhe wurden vernichtet. Parallel brach 2000 die Fusionswelle ab – der Wert der weitweiten Zusammenschlüsse lag 2002 nur noch bei der Hälfte des Wertes von 2000.

Der neue Machtaufstieg des Finanzkapitals seit Mitte der 70er Jahre als Moment der neoliberalen Kapitallogik ist weiter verknüpft mit einer Aufwertung der einschlägigen Staatsapparate im System der Politik, *durch* die der Neoliberalismus agiert: während die Staatsagenturen der Arbeit, des Sozialstaates und der Partizipation zu Gunsten der Militär-, Sicherheits-, Polizei- und Gefängnisagenturen abgewertet werden was überall eine Krise

---

<sup>15</sup> Jörg Huffschmid: Finanzmärkte, Globalisierung und alternative Wirtschaftspolitik, Vortrag 2003

der politischen Repräsentation hervorruft, erhalten Staatsapparate wie Zentralbanken und Finanzministerien und die Produzenten der Vertrags- und Eigentumssicherheit erhöhte operationale Autonomie und stehen im Zentrum des Umbaus der Nationalstaaten in Wettbewerbsstaaten. Zugleich entstehen internationale Agenturen, die im Interesse des Globalkapitals und der Imperative der globalen Akkumulation agieren. Das Regime des Neoliberalismus hat damit in mehrfacher Hinsicht seine Spuren in der Konstellationen der *herrschenden Klassen* hinterlassen: die neue Dynamik ungleicher Entwicklung hat die privatförmige *Souveränität* der hegemonialen *Geldmacht* gefestigt; im Ring der *Verwertungsmacht* der *upper class* aus Realkapital, Finanz und Militär ist das Gewicht der Finanzmacht gewachsen und hat ihre zentrale Zielkultur weitaus breiter verankert: das Ideal einer friktionslosen Welt, die finanziellen Flüssen jeglicher Richtung und Stärke keinen Widerstand mehr entgegensetzt; die *Verteilung* der Ressourcen und Macht, die in den Händen des *politischen Direktorats* liegt, ist in der Ära des Neoliberalismus weit enger mit der *upper class* vernetzt als in den fordistischen Zeiten und die anschwellende *Dienstklasse* der Akteure der Wissens- und Kommunikationmacht ist wie alle anderen Gruppierungen rapide globaler und privater worden<sup>16</sup>. Die „nationalen Bourgeoisien“ lösen sich zunehmend auf und die kohärenzbildende Selbstorganisation des *Blocks an der Macht* durch einen zunehmend von internationalen Kapitalbewegungen und -agenturen abhängigen und in sich zerfallten Nationalstaat fällt immer schwerer<sup>17</sup>.

## **Gewalt**

*Viertens bedeutet Neoliberalismus schließlich offenbar auch eine Freisetzung des Gewaltpotentials der Politik.* Er deklariert ja die Anschlussfähigkeit an den Markt und den Kapitalkreislauf, also das wirtschaftliche Motiv, zur *Funktionsvoraussetzung* gesellschaftlicher Systeme. Norman Birnbaum konstatiert „eine enorme Steigerung der Autonomie, welche die ökonomische Substruktur der Gesellschaft beansprucht.“<sup>18</sup>. Doch es geht um mehr: *Wo immer Politik agiert, ist die Ökonomie schon da, nicht bloß als Fernwirkung oder Kontext, sondern als bestimmende Präsenz des zumindest normativ durchgestellten monetären Kalküls, das beansprucht unmittelbarer Sinn und geltende Funktionsbedingung zu sein.* Diese reduktionistische Selbstfesselung der Politik durch die auch politisch arrangierte Entfesselung der Märkte *vermarktlicht auch die Politik und den Staat.* Eine solche Ausdünnung der Politik bedeutet nun allerdings nicht ihr Absterben, sondern offenbar ein Hervortreten und Mobilisieren ihres „reinen“ Zwangscharakters – die Stichworte sind Arbeits-

---

<sup>16</sup> Hans Jürgen Krysmanski: Herrschende Klasse(n), in: HKWM 6, Berlin 2004, <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/global-texte/g-m/herrschendeklassen.htm>

<sup>17</sup> Joachim Hirsch: „Reformstau“, in: Sozialsimus 4/2004 S.2ff.

<sup>18</sup> Norman Birnbaum: Hat die Sozialdemokratie eine Zukunft? In: BdiP 2/2004 S.151

zwang, Sicherheits- und Interventionsstaat. Der neoliberale „Imperialismus des ökonomischen Motivs“ geht also nicht einfach mit einer „linearen“ Schwächung der Politik zusammen, sondern verändert diese selbst – *auch als Entfesselung des interventionistischen und disziplinierenden, also Gewaltpotentials* der Politik. So ist der Neoliberalismus auch aufbauend und gestaltend: sein Problemlöser für alle Fälle ist der Sicherheits- und Polizeistaat, den er stark macht, um praktische Alternativen ökonomisch und geopolitisch zu marginalisieren. Markt und Macht, Geld und Krieg sind also Entgegensetzung und Korrelat gleichermaßen, in dem die ganz unterschiedlichen Entgrenzungspraxen des Ökonomischen und Politischen (hier also des Militärischen) zusammengehen und sich im *disciplinary neoliberalism* (Stephen Gill)<sup>19</sup> der inneren *Selbstdisziplinierungen* des Neoliberalismus von unten (Margaret Mead: der „bewaffnete individuelle Bunker“) und des *neuiperialen Neoliberalismus* nach außen miteinander verschlingen.

### **Zwischenbilanz**

Diese Verknüpfung hat eine Rationalität, die über die unmittelbare Gewalt- und Rüstungsökonomie hinausgeht: als ökonomisches Projekt der Dynamisierung des *Wachstums* der kapitalistischen Zentren bzw. ihrer Akkumulation ist der Neoliberalismus wenig überzeugend. Die Wachstumsraten in den entwickelten kapitalistischen Staaten haben sich in der neoliberalen Zeit 1973 – 1989 (*long downturn*) gegenüber den 4 % in der Zeit 1950 bis 1973 (*postwar boom*) mehr als halbiert und haben seitdem stagniert, sieht man von der Entwicklung in den USA in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ab, als das Wachstum dort 4 % betrug (1995/2000) gegenüber 2.6 % zuvor (1975-1995). Dazu gehören auch Bankrotte wie die im Telekombereich (Marktwert rund 100 Mrd \$); allein von 2000 bis Mitte 2002 gingen in den USA ca. 7 Billionen \$ Marktwert verloren<sup>20</sup>. Auch in Europa hat das Wirtschaftswachstum seit den 1960er Jahren im Trend deutlich abgenommen. Ebenso deutlich ist in der EU zwar die Arbeitslosigkeit zwischen 1960 und 2003 kontinuierlich angestiegen, auch hinsichtlich der Verteilung gibt es seit Mitte der 70er Jahre eine klare Umverteilung nach oben – die Lohnquote, welche in der EU von 1960 bis 1975 um 4 % gestiegen war, ist seitdem um gut 8 % gefallen – weshalb die gesamtwirtschaftliche Profitrate seit 1981 fast durchgängig gestiegen ist. Doch die gestiegenen Profite haben eben nicht zu einer Überwindung der Wachstumsschwäche der EU geführt<sup>21</sup>.

So hat der angloamerikanische Kapitalismus zwar in den 90er Jahren den Konflikt mit dem asiatischen Kapitalismus (Japan) auf beträchtliche Zeit

---

<sup>19</sup> Stephen Gill: *The constitution of global capitalism*, Los Angeles 2000

<sup>20</sup> Greg Albo: *The Old and New Economics of Imperialism*, in: Leo Panitch & Colin Leys (Hrsg.): *The new Imperial Challenge*, Socialist Register 2004, Hamburg 2004

<sup>21</sup> Jörg Huffschnid: *Wachstumsmotor EU-Kapitalismus?* Supplement Sozialismus 2/2004 S.1ff.

hin gewonnen, nicht aber den mit einem sich langsam formierenden europäischen Block, der seine eurozentrisch-globalstrategische ordnungspolitische Identität erst in Ansätzen gefunden hat. Das Regime des Neoliberalismus ist auch nach einem Vierteljahrhundert dominant, seine Hegemonie ist jedoch angeschlagen, sein ökonomischer *record* ist für seine Hauptprotagonisten (mit Ausnahme England!) keineswegs überzeugend und die Widersprüche zwischen seinen Global Players prägen sich unerwartet profiliert aus. Ob er seine weithin unbestrittene Hegemonialposition wieder einnehmen kann, ist dennoch offen - *es ist also durchaus möglich!* Schließlich ist er tief verankert in der Gesellschaft und ihren Machtzentren.

Die Linke nun hat diese Widersprüche mehr oder weniger lokal aufgegriffen. Sie hat schon globale Erfahrung und eigene Machtbildung in den Konflikten um die genannten Implikationen bzw. Folgen des neoliberalen Projekts, wo es um Ungleichheit, Privatisierung, neue Machtfiguren, Gewalt und Krieg geht. Im Zentrum eines politischen Projekts gegen den Neoliberalismus aber steht *die Durchsetzung eines neuen alternativen universellen Solidarprinzips*. Hier ist die Linke auch zunehmend fähig, global zu operieren. Ein Kampf gegen den Neoliberalismus allerdings, der auf der Rettung des alten Sozialstaats beharrt ohne die neoliberal gedrehten Gegenutopien als kluge und millionenfach praktisch wirksame Herausforderungen zu berücksichtigen, die es wiederum zu wenden gilt, greift zu kurz. Ein Kampf, der Ansätze zur Rettung des alten – die „Grenzen des Wachstums“ und der Ökologie lange Zeit ignorierenden – Sozialstaats in der Hoffnung auf ein neues Solidarkonzept und seine Verwirklichung geringschätzt, leistet der Kommodifizierungspolitik des Neoliberalismus Vorschub und wäre letztlich politisch abenteuerlich nach dem Motto: ohne Not keine Revolution. Und jede Frontstellung gegen den Neoliberalismus wird ein eigenes politisches Projekt verfolgen müssen, das die aus der maßlosen Entgrenzung der Kommodifizierung kommende totalitäre Utopie einer vollständig markt-bürgerlichen Gesellschaftsverfassung konterkariert und eine eigene Konzeption entwickelt, wie eine Gesellschaft der Solidarität und nicht-ökonomischen In-Wertsetzung aussehen könnte.

## **5 Krisen der Globalisierung**

Im neoliberalen Projekt doppelte – ökonomischer und militärischer - Dynamik der Entgrenzung reflektiert sich die inhärente Expansivität des Kapitalismus, die sich letztlich im Prozess der Globalisierung als der „beständigen Ausdehnung des Weltmarkts“<sup>22</sup> realisiert. Aus der Konkurrenz der Kapitale untereinander ergibt sich der ständige Zwang zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Hinzufügung von Kapitalgütern und Reorganisation der Arbeit; und es gibt einen konstanten Bedarf nach neuen Märkten

---

<sup>22</sup> Karl Marx, Kapital III, S. 346

und Bereichen für die Produktion und Realisation des hinzugefügten Mehrwerts. Der Gedanke der internationalen Expansion (oder ökonomischen Globalisierung) besteht einfach darin, den Teil der Produktion, der periodisch im Inland wegen fehlender Nachfrage nicht absetzbar ist, im Ausland zu verkaufen, dort zugleich die Rohstoffe und Materialien zu beschaffen, die zur Ausdehnung und Differenzierung der eigenen Produktion benötigt werden, und endlich die Gewinne zu investieren, die im Inland nicht rentabel angelegt werden können. Die Kehrseite ist die Offenheit der einzelnen Nationalökonomien gegenüber dem allgemeinen Weltmarkt. Globalisierung – die es für die einen (wie Wallerstein) aufgrund der Produktion kolonialer Abhängigkeit schon immer gab, für die anderen (wie Hirst/Thompson) als eigene Qualität dagegen noch nie – ist die „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts“<sup>23</sup>. Sie meint also nicht Austausch von Materialien, Waren oder Arbeit(skraft) oder Interaktion und Akteursvernetzung, sondern *Globalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, von Kapital* also, das diese Tauschprozesse und Interaktionen *herrschaftlich zu vermitteln* vermag und hierzu eine global wirksame *rechtliche* Form benötigt. Die Standards, nach denen Welthandel, Direktinvestitionen und Kapitalflüsse laufen, sind global. Die globalen Produkte haben vergleichbare Preise. Die Sprache und das Rechtssystem sind (oft informell nach US-Standards) verallgemeinert. Technische, ästhetische und kulturelle Standards sind hoch globalisiert. Als Globalisierung des Kapitals hat diese jedoch ihr *Zentrum* und ihren herausragenden *Attraktionsraum*, wo dieses primär agiert – sie ist also nicht ohne Herrschaft, die ihren Ort hat. Fast 70 % des Außenhandels der EU-Länder (alt) werden innerhalb der EU abgewickelt, in Nordamerika dagegen macht der intraregionale Handel ca. 35 % aus, in Afrika oder Lateinamerika ist fast der gesamte Handel dagegen eben nicht intraregional und rund zwei Drittel des freien Welthandels ist Intra-Konzernhandel. Seit 1994 hat der Welthandel um 29 % zugenommen, der Anteil Lateinamerikas dagegen ist in dieser Zeit von 11 % auf 5 % gefallen, der Afrikas von 8 % auf 2 %. Der Anteil der Entwicklungsländer an den Weltexporten fiel von 31 % (1953) auf 10 % (2000) (Z 2001, S.96). In den 90ern wurden rund 75 % der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in den entwickelten kapitalistischen Ländern getätigt.

Das heisst aber: Gegenwärtig *sind* Europa und die USA noch der globale Markt<sup>24</sup> und die *globalräumliche Ungleichheit* und ökonomische *Hierarchisierung* als eigentliche Funktionsvoraussetzung der global gewordenen kapitalistischen Akkumulation, die *zugleich* der *Boden der Globalisierungskritik* ist, reproduziert sich deutlich und nachhaltig. „Absolute“ ökonomische Schranken eines solchen Musters diesseits der Erschöpfung seiner Natur-

---

<sup>23</sup> Karl Marx, Kapital I, MEW 23, S.790

<sup>24</sup> Elmar Altvater: Kapital und Arbeit im Zeitalter der Globalisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10-11/2003 S.602ff.



basis existieren nicht. Diese Globalisierung erfolgte im wesentlichen konkurrenz- und finanzmarktgetrieben und hegemonialpolitisch, also ohne den breitflächigen Einsatz militärischer Mittel zur gezielten Herstellung, Reproduktion und damit Sicherung der Märkte. Ob sich dies ändert, hängt in erster Linie von der ökonomischen Stellung der USA ab – und die Konkurrenzbilanz der US-amerikanischen Variante des Neoliberalismus ist nicht ungetrübt. Im letzten Vierteljahrhundert ist ihr Vorsprung hinsichtlich der durchschnittlichen Produktivität, dem Prokopfeinkommen und den Anteilen auf zahlreichen zentralen Schlüsselmärkten gegenüber Japan und Deutschland geschrumpft. Ihr Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen ist von über der Hälfte in der Nachkriegszeit auf rund ein Viertel gesunken. Vor allem aber haben die USA ein ständig anwachsendes schuldenfinanziertes Leistungsbilanzdefizit. In historisch kurzer Zeit wurden sie vom globalen Kreditor zum Schuldner. Die Verschuldung der USA betrug 2002 zwischen 450-500 Mrd \$ und sie musste Importe im Wert von 2,7 Mrd täglich realisieren, um das Defizit zu auszugleichen. Da unter solchen Bedingungen die Position des Dollars als dominierende Weltwährung rein ökonomisch nicht möglich ist, da eine dauerhaft hohe Außenverschuldung ökonomisch „eigentlich“ zur Abwertung des verschuldeten Landes bzw. seiner Währung führen müsste - wird die Dominanzsicherung des Dollars mit politischen und militärischen Mitteln verfolgt - die Umsätze der Wallstreet machen fast zwei Drittel des globalen Börsenhandels aus. Dass der Dollar die Währung bleibt, in der der Ölhandel abgewickelt wird, dürfte daher eins der wichtigsten Ziele und eine der stärksten Triebkräfte für die zunehmend offene Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik und für den Krieg gegen den Irak sein. Diese Politik zielt gleichzeitig darauf ab, durch die Sicherung des Zugriffs auf den größten Teil der Ölreserven in der Welt die eigene energieintensive Produktions- und Lebensweise zu stabilisieren und im gleichen Zug den Zugang der europäischen und chinesischen Konkurrenz auf diese Energiequelle zu kontrollieren<sup>25</sup>.

Eine weitere, wenngleich noch schwache Entwicklungsdeterminante der Varianten neoliberalen Globalisierung ist die Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung und ihrer Fähigkeit zur kooperativen und kohärenten Fokussierung auf starke Handlungsfelder wie: (1) Stabilisierung und Demokratisierung der Finanzmärkte (Einführung der Tobinsteuer, Globale Wechselkurszielzonen und regionale Währungssysteme, Umbau bzw. Beseitigung internationaler Agenturen, Einbindung der Finanzmärkte in eine Strategie für nachhaltige Entwicklung) (2) Stärkung des Solidarprinzips (Wettbewerbsregeln, Sozialstandards, Förderung sozialer Entwicklung, Kernarbeitsnormen) (3) Entwicklung einer alternativen Eigentumspolitik

---

<sup>25</sup> Jörg Huffschnid: Neoliberalismus, Gewalt und Krieg – Zusammenhänge und Alternativen, Vortrag Juli 2003

und Ausdehnung des Prinzips der öffentlichen Gemeinschaftsgüter und des *service public* (universeller Zugang, egalitäre Qualität, Nachhaltigkeit und Sicherheit).

Während somit in den 70er Jahren ansetzend und dann dominierend in den 80er Jahren der *Neoliberalismus* sich als dominante Logik und Form der *Herrschaft* und *Gesellschaftsregulierung* etablierte, rückte nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Welt dann in den 90er Jahren sukzessiv zunächst die Frage nach der ökonomischen Transformation („Globalisierung“) und danach die Frage nach der Neugestaltung des *internationalen Systems* in den Vordergrund.

## **6 Starke Politik: neoliberales Empire**

Denn eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die Frage nach Herrschaft auf. Da die seit *Nineeleven* vordergründigen Momente der Dominanz, Aggressivität und Expansion nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ideologienpolitisch nicht mehr nach außen auf diesen projiziert werden können *weil es kein außen mehr gibt*, legt ihr Vorkommen seitdem verbreitet den Rekurs auf den Begriff *Empire* als Metapher nahe – offenbar funktioniert angesichts der US-amerikanischen Neugewichtung des Verhältnisses von neoliberaler Globalisierung und militärischem Globalismus die bislang übliche liberale Rede von *Hegemonie* im (nicht-gramscianischen) Sprachgebrauch nicht mehr so recht.

*In der Welt, in der wir leben, haben wir es mit einem Versuch zu tun, das Projekt eines neoliberalen Empire zu realisieren.* Die *Tradition* des Projekts hat eine Jahrhundertgeschichte – so gesehen ist es bislang nicht mehr als eine Episode. Seine neoliberale *Milieu* entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten *Akteure* fanden sich im letzten Vierteljahrhundert. Seine *Ambition*, *Praxis* und das Profil seiner *grand strategy* konturierten sich in den 90er Jahren. Sein *Katalysator* endlich war *Nineeleven*. Der Irakkrieg ist seine erste *Probe*. Schlägt sie fehl, womöglich dramatisch, ist dieses Projekt noch lange nicht aus der Wirklichkeit. Denn so etwas fällt nicht einfach vom Himmel.<sup>26</sup>

### **Grand Strategy**

Tatsächlich existiert gegenwärtig keine explizite und durchsetzungsfähige sowie relativ kohärente *grand strategy einer starken Politik der Ordnung der Welt* außer der US-amerikanischen. Ihr Gedanke ist: Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch ein dauerhaftes *American Empire, das nicht her-*

---

<sup>26</sup> Zur Frage des American Empire ausführlich Rainer Rilling: *Outbreak. Let's Take Over. American Empire als Wille und Vorstellung*, Berlin 2004, <http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf>; ders., "American Empire" as will and idea. The new major strategy of the Bush administration, RLS Policy Paper 2/2003

ausgefordert werden kann. Ihr Ausgangspunkt ist eine Feststellung: es gibt eine qualitativ neue globale Disparität der Macht, die Tony Judt in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit beschrieb: „Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich / nichtwestlich. Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.“<sup>27</sup> Der zweite Gedanke ist, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte *auf Dauer* gestellt werden kann. Die strategische Idee operiert also im großen historischen Bezug: sie konstatiert den *Ausgangspunkt* einer neuartigen qualitativen Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt („*american empire*“), formuliert ein außerordentliches *Ziel*, diese global auf Dauer zu stellen („*pax americana*“) und hebt auch mit neuem Gewicht die *Methodik* einer aktivistischen Politik hervor („*military superiority beyond challenge*“, „*war against terror*“, „*prevention*“), die sie mit dem Verweis auf die neue Privatisierung des Krieges durch Terrorismus legitimiert. Der Gedanke der globalen Souveränität meint, dass die USA international *unilateral Regeln* (z.B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen, *universell gültige Zielsetzungen* formulieren („*expand liberty*“), den *Krisenfall* („Notstand“) bestimmen sowie die *Unterscheidung zwischen Freund und Feind* wie die damit verknüpfte Entscheidung über den Einsatz von *Gewalt* treffen und sich damit das *exklusive* Recht auf präventive militärische Intervention *überall* auf der Welt vorbehalten können. Warum aber sollten potentielle oder wirklich große Mächte eine solche Entwicklung und ihre dauerhafte Ausschaltung aus dem Spiel um die Welthegemonie akzeptieren? Sie erhalten dafür eine *Dienstleistung*: eine globale Sicherung der kapitalistischen Weltordnung, die sie selbst oder kooperativ nicht leisten können. Wahrhaft ein *Big Deal*. Wer ist der unmittelbare Träger dieser Politik?

### **Subjekte: die militärische Generation**

Unmittelbar präsentiert wird diese *neuimperiale grand strategy* von einer über drei Jahrzehnte sich verdichtenden Allianz aus Think-Tanks, Stiftungen, Medien, Konzernen, Staatsapparaten und politischer Organisationen. Ihre Avantgarde: eine Gruppe neokonservativer konzeptiver Ideologen aus US-Think-Tanks und strategischen Planungseinrichtungen sowie Militärpolitiker. Zusammen mit radikalreaganitisch geprägten Militärs und der evangelikal – fundamentalistisch christlichen Rechten bildeten sie den dynamischen politische Kern der konzeptionell, strategisch und politisch dominanten *nationalistisch-neuimperialen* Gruppe in der zweiten Bush-Administration. Dort bildet dieses *Mikronetzwerk der Macht* Cluster um den Vizepräsidenten, das Pentagon, den Nationalen Sicherheitsrat sowie das

---

<sup>27</sup> Tony Judt: Review Its Own Worst Enemy, in: The New York Review of Books v. 15.8.2002

Justizministerium. Diese *heterogene Konfiguration der neuimperialen politischen Rechten in den USA* war eine auf den ersten Blick geradezu beispiellose politische Innovation, in der sich zusammenband, was bislang in gar keiner Weise zusammenzugehen schien. Die Bildung *eines gemeinsamen Machtkörpers* aus neokonservativ-reaganitischen *Warriors*, fundamentalistischen Christen und marktradikalen *Neoliberals* war eine Kopplung ganz ungewöhnlich heterogener Richtungen. Es gelang im Geist einer geduldigen Kombination von Pragmatismus und ideologischer Selbstsicherheit. Dieses Machtprojekt spiegelt, nimmt vorweg und imitiert im Nachhinein, was andernorts geradezu deckungsgleich geschah: die Bildung eines neuen, im Kern linken und antikapitalistischen, global ansetzenden politischen Raums von Seattle über Genua bis nach Porto Alegre und Mumbai, in dem sich eine ganz andere politische Diversität zusammenband, *die der neuimperialen Rechten das gegenimperiale Selbstverständnis einer neuen Multitude entgensetzte*<sup>28</sup>.

Diese neuimperiale Gruppe repräsentiert einen epochalen Wandel, in dem Ideen und Träume kulminieren, die im Laufe von drei Jahrzehnten in republikanischen Regierungen der Vereinigten Staaten und in ihrem Umfeld entstanden sind. Ihre zeitgemäßen intellektuellen Ursprünge lassen sich über die Reagan-Administration auf die Regierungen Nixon / Ford in den 70er Jahren zurückverfolgen, als sich in Reaktion auf die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg und Nixons Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR eine politische Richtungsdivergenz ausbildete, die für einen Großteil der späteren Schlüsselakteure Katalysator, Ressource, Umfeld, Erfahrung und Heimat war. Sie setzte damals auf Konfrontation statt Entspannung und auf militärische Macht, also auf starke Politik. Dies war die Geburt eines lange Zeit kaum bemerkten Paradoxons der Macht: während auf der einen Seite die 70er Jahre den Durchbruch des neoliberalen Marktfundamentalismus und seiner *antipolitischen* Apologie des radikal freien Marktes und der ökonomischen Deregulierung brachte, bildete sich zugleich eine ganz andere, neue Linie der *starken militaristischen Politik*. Die Generation der Hohen Priester des *marktradikalen Neoliberalismus* in WTO, IMF und Weltbank ist dieselbe Generation wie die reaganitischen *political warriors* des Kriegskabinetts Bush. Ebenso wie in den 90ern die „Globalisierung“ das imperialistische Codewort der ökonomischen Neoliberals war, wurde im Folgejahrzehnt das „Empire“ das imperialistische Codewort der militanten Warriors. Für die *political warriors* war und ist weder Kultur noch Geschichte oder Ökonomie, sondern *Politik* der große Bewegende. Die Niederlage der USA im Vietnamkrieg prägte ihr Bild von der amerikanischen Außenpolitik und der Beziehungen Amerikas zur Welt. Die Ökono-

---

<sup>28</sup> Siehe Rainer Rilling: Geopolitik von links, in: Z.Nr. 55 (2003) <http://www.rainer-rilling.de/texte/poarari.pdf>

mie des Kapitalismus ist für sie zwar eine selbstverständliche Handlungsprämisse, doch Markt, Geld und Unternehmertum und die Idole des wohllebenden Bourgeois sind nicht alles, schon gar nicht die höchste Errungenschaft der konfliktgeprägten Zivilisation, wie sie sie verstehen. Ihre ideologische Welt fokussiert sich auf die epische Größe Roms als die Utopie neu-imperialer Macht, die Kultur des Kriegers und politische Moral. Sie sind eben „politische Krieger“ (Robin)<sup>29</sup>, zuweilen diplomatisch (Powell), zumeist aber martialisch (Rumsfeld) - sie lassen sich durch ein paar Photos nicht erschüttern. Als ganz eigenartige politischen *Generation* unterscheidet sie sich von den zwei anderen herausragenden politischen Generationen der US-Außenpolitik: den „Wise Men“ (Isaacson/Thomas) wie Acheson, Kennan, Harriman, McCloy, die nach 1945 die globale liberalimperialistische Ordnung des Kalten Krieges errichteten und den „Best and Brightest“ (Halberstam) wie den Kennedys, McNamara, den Bundys oder Rostows, die in den 60er Jahren für den Vietnamkrieg verantwortlich waren und versuchten, den Einfluß der USA in der Dritten Welt und gegen den Kommunismus auszuweiten. Die erste Generation stammte aus den Welten des *Business*, der Banken und des Rechts. Die Wallstreet war ihre spirituelle Heimat. Sie konzentrierte sich auf den Aufbau internationaler ökonomischer, diplomatischer und rechtlicher Einrichtungen wie UN, IMF, Weltbank. Die zweite Generation hatte einen akademischen Hintergrund, ihre spirituelle Welt waren Cambridge, Harvard und Yale. Die dritte Generation ist die Reagan / Bush – Generation der Cheney, Rumsfeld, Powell, Wolfowitz, Rice, Armitage, Libby, Feith, Khalilzad, Hadley oder Perle. Sie ist die militärische *Generation*. Ihre spirituelle Heimat ist das Pentagon. Diese Generation eint der gemeinsame Glaube an die überragende Relevanz der militärischen Macht Amerikas. In ihrem Dienst wurde sie gebildet und formierte sie sich. Außenpolitik sieht sie vorweg unter militärischer Perspektive. Sie konzentriert sich auf Fragen der nationalen Sicherheit und überläßt die Probleme der Ökonomie den Neoliberalen und den Führern des privaten Sektors. In den 70er und 80er Jahren arbeitete diese Generation daher am Wiederaufbau der amerikanischen Militärmacht nach Vietnam und kämpfte gegen die Rede vom *american decline*. Die Wende zu den 90er Jahren erlebte sie als den größten Triumph in der amerikanischen Geschichte: die USA hatten den dritten, den Kalten Krieg gewonnen. Eingesetzt hatte das Land in dieser Zeit zwischen 1945 und 1990 unter anderem 26 Millionen Menschen in seinem Militärdienst (von denen rund 150 000 starben) und rund 15 Billionen Dollar Militäraufwendungen (ca. 6 % des BSP).<sup>30</sup> In den 90er Jahren konzipierten die Aktivisten der *political warriors* eine neue offensive Schlüsselrolle des militärischen Faktors. Nach 9/11 ging sie dann daran, ein militä-

---

<sup>29</sup> Corey Robin: Endgame. Conservatives after the Cold War, in: Boston Review 1/2004.

<sup>30</sup> Council on Foreign relations: A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction, New York 2003, S. 37.

*rimperiales* Projekt durchzusetzen. Zu Beginn ihres Aufstiegs waren die USA im Persischen Golf militärisch kaum präsent, am Ende waren sie zu einer Militärintervention im großen Stil imstande. In diesen drei Jahrzehnten war ihr Aufstieg zur Macht verbunden mit dem (Wieder-) Aufstieg des amerikanischen Militärs zu einer exzeptionellen Machtposition „beyond challenge“. Die Republikaner gewannen sechs von neun Präsidentschaftswahlen und errichteten nach der Jahrtausendwende eine fast einmalige parlamentarische Dominanz. *Diese Generation erlebte diese Zeit als Erfolgsgeschichte und als Zeit, in der sie nicht scheiterte, sondern gewann.* Als Zeit, in der Amerika in ihrer Sicht erfolgreich als moralische, demokratieförderliche Kraft („benign hegemon“) auftrat. *Nicht schien ihr am Ende unmöglich – auch nicht ein amerikanisches Imperium.* Sie überbrückt die zwei Einschnitte 1989/1991 und 2001, ihr Bezug ist ein anderer: „It is the story of the gradual rise of an America, whose strength is without precedent in the history of the world...Between the early 1970 and 2003 American power rose gradually from its nadir, at the end of the war in Vietnam, to a position of incontestable military power.“<sup>31</sup>. *Der Blick auf diese Generation erhellt das zentrale Signum der Zeit dieser drei Jahrzehnte: den neuen Aufstieg der USA im internationalen System.* Diese Allianz repräsentiert diese Geschichte. Ihr politisches Projekt bildete konzeptionell zunehmend eine imperiale Dimension aus, politikpraktisch jedoch oszilliert es zwischen hegemonialem und imperialem Internationalismus. Seine Konturen sind unscharf und strittig sind Grundfragen: gibt es schon ein American Empire, ist es im Aufstieg, muss es erst hergestellt werden, wer oder was gehört dazu, wie realisiert es seine Macht.... Das Projekt ist aber nicht voraussetzungslos, sondern knüpft an eine *hegemoniale Traditionslinie der US-amerikanischen Außenpolitik* an.

### **Machtsteigerung als Tradition**

Der Außenpolitik der USA liegt nicht das Konzept der Gegenhegemonie, sondern der Grundgedanke der offensiven Expansion und aktiven Machtsteigerung zugrunde. Tatsächlich gingen sie nach der *inneren* Eroberung des Kontinents und dem Bürgerkrieg Ende des vorletzten Jahrhunderts zur aktiven *transkontinentalen Expansion* der amerikanischen Interessen und nach dem zweiten Weltkriege zum Kampf um *globale* Hegemonie oder Dominanz über. Sie dehnten in der Nachkriegszeit die räumliche Dimension ihrer Interessen ins Globale aus, schufen eine internationale Ordnung, die ihren Interessen förderlich war, kontrollierten das ökonomische, technische und vor allem das finanzielle System. Ihre Bündnispartner waren von ihnen abhängig und erhielten eine sozioökonomische und liberale Entwicklungsperspektive. Sie bauten eine Nuklear-, Luft- und Schiffsmacht sowie ein System Hunderter militärischer Stützpunkte auf, die sie weltweit mili-

---

<sup>31</sup> James Mann: Rise of the Vulcans: the history of Bush's war cabinet, New York 2004, S. XIV

tärisch interventionsfähig machte; sie schufen sich eine multilaterale Ordnung und Kultur des Zugangs in Europa und Ostasien. Und sie propagierten ein Set von Werten mit universellem Geltungsanspruch. Erstmals konnte ein einzelner bürgerlicher Nationalstaat in (zumindest in der Tendenz) globalem Rahmen die alte zwischenimperialistische Konkurrenz eindämmen und eine *koordinierende* Funktion übernehmen, was zugleich bedeutete, dass die politisch-institutionellen Außenbeziehungen der kapitalistischen *Kernstaaten*, die sich bislang auf ihre Kolonien und von ihnen regional abhängige Staatenbünde richteten, nun auf die USA umorientiert wurden. Die Zeit des formellen Imperialismus mit seinen Merkmalen Staatsinterventionsismus, Kolonialismus, Okkupation, Protektionismus und der Territorialpolitik mitsamt den Weltkriegskämpfen um die direkte Neuzu- und aufteilung formell abgegrenzter Territorien war vorbei und damit die bisherige Konstellation einer Konkurrenz großer kapitalistischer Mächte, die Einfluszonen gegeneinander aufstellten. Kooperation zwischen den kapitalistischen Ländern geschah vorweg nicht durch Zwang, sondern durch Koordination und diese vollzog sich vor allem durch den Anreiz zum Replikat des *Amerikanismus*, der die avancierteste und verallgemeinerungsfähigste Form der kapitalistischen Produktion, Kultur und Ideologie präsentierte und als globaler Pol der Attraktion wirkte und wirkt: ein *empire by invitation* (Charles S. Meier). Die USA waren also nach 1945 nicht nur einfach die größte Macht unter den großen Mächten: sie *dominierten* zumindest den *Kern* des kapitalistischen Weltsystems. *Die Ordnung der internationalen Politik außerhalb des sowjetischen Blocks wurde sternförmig neu konfiguriert (hub-and-spokes-structure). Ihr souveränes nationalstaatliches Zentrum waren nun die USA.* Sie konzentrierten ihre Ressourcen darauf, den zunächst 1917 und dann nach 1945 in noch größerer Macht entstandenen globalen Rivalen zu beseitigen. Als das staatssozialistische Bündnis zusammenbrach, war dieses Ziel erreicht. Seit 1990 setzen die USA ihre Politik der Expansion folgerichtig kontinuierlich fort: rapide Ausdehnung ihrer militärstrategischen Präsenz in Bereichen, in denen sie bislang noch nie Fuß fassen konnten - Balkan, Osteuropa, Zentralasien, Mittlerer Osten, wobei sie mehrere größere Kriege im Balkan und im Persischen Golf führten und in mehr militärische Konflikte verwickelt waren als in der Zeit des Kalten Krieges; sie versuchen endgültig die strategische Kontrolle über den zentralen Rohstoff Erdöl zu erreichen, auf den potentielle Hegemonialkonkurrenten zunehmend angewiesen sein werden; und sie beanspruchen ein Recht auf präventive Intervention im globalen Maßstab.

Die 90er Jahre waren in den USA also ein Jahrzehnt des *Übergangs* oder, politisch formuliert: eine Zeit, in der die Achse einer Politik nach *rechts* rückte, die sich zunächst (unter Clinton) auf die hegemoniale Organisation der *globalen* Ökonomie fokussierte und parallel hierzu und in Folge einen neuen außenpolitischen Konsens in den US-Eliten bildete, der eine neue

Qualität in der *dauerhaften* Ausdehnung der *globalen* Macht der Vereinigten Staaten *thematisierte*, noch unter Clinton zunehmend *avisierte* und am Ende dann unter Bush 2 in eine *neuimperiale* Perspektive *radikalisierte*. Am Ende des Jahrhunderts sind die USA unbestritten und eindeutig die einzige Großmacht im internationalen System – ob sie allerdings alle anderen Staaten oder auch nur Elemente dieses globalen Systems dominieren, führen oder imperial beherrschen, ist eine ganz andere Frage.

### **Die erste Frage: Imperialismus**

US-Außenpolitik war und ist durch das doppelte politische Ziel charakterisiert, „to make world safe for capitalism“ und „to ensure American primacy within world capitalism.“<sup>32</sup> Die kapitalistische Welt zu sichern bedeutete grundsätzliche Frontstellung gegen tendenziell und real nichtkapitalistische Formationen, im Kern also: Beseitigung antikapitalistischer Formationen durch Integration oder Destruktion. Das Primat der USA zu sichern erforderte die Lösung zweier Aufgaben: es geht um die *besondere* Dominanz in der Konkurrenzbeziehung zwischen den zentralen kapitalistischen Staaten ebenso wie um die *allgemeine* Dominanz im internationalen System. Das erste bedeutete die Realisierung dieser Zielsetzung unter geokräftepolitischem Aspekt, das Entstehen eines eurasischen Konkurrenten zu verhindern und seine potentiellen Randzonen (Westeuropa, Naher Osten, der „Pazifische Bogen“) zu kontrollieren. Dies ist das klassische, zentrale Ziel der US-amerikanischen Geostrategie. *Dies ist die Frage des politischen Imperialismus*. Es ging bereits im letzten Jahrhundert durchgängig für die USA darum, in einem „langen Krieg“ (Philip Bobbitt)<sup>33</sup> von 1917 bis 1989 konkurrierende Hegemonen im eurasischen Herzland einzusiegeln, zu zerschlagen und zu verhindern, dass andere Territorialstaaten in ihren Regionen mit den USA vergleichbare Hegemonialpositionen erreichten – unabhängig von ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung, ob sie kapitalistisch oder nichtkapitalistisch verfasst waren, ob es um die Staaten am östlichen (China, Rußland) oder am westlichen (EU) Ende des eurasischen Blocks ging. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus geht es für die USA allerdings nicht mehr nur um „Abschreckung“ eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, *durch Blockade, Inklusion oder präventive Intervention bereits im Ansatz die Entstehung einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern*. Dies ist die erste qualitativ neue Problemstellung, auf welche das Projekt des *neoliberal empire* zu reagieren versucht.

---

<sup>32</sup> Perry Anderson: Force and Consent, in: New Left Review Sept/Oct 2002 S.5ff.

<sup>33</sup> Philip C. Bobbitt: The Shield of Achilles: War, Peace, and the Course of History, New York 2002 S.21ff.



### **Die zweite Frage: Empire**

Sicherung des amerikanischen Primats bedeutet aber zum anderen noch weit darüber hinausgehend, das spezielle Gut der USA im globalen Big Deal - die „Sicherung der Welt für den Kapitalismus“ - so zu gestalten, dass sie zugleich dieses Primat befördert, indem sie das internationale politische und ökonomische System offenhält (*open door, free trade, access*) und Schließungen, Merkantilismus oder Autarkiepolitiken verhindert. Damit geht es um die Frage der Gestaltung des *gesamten* internationalen Systems und nicht „nur“ um das Problem, wie man *einen* Hegemonialkonkurrenten verhindert oder ausschaltet. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus fallen Globalismus mit Planetarismus erstmals weitgehend zusammen. Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von *Weltordnung*. Dies ist die zweite qualitativ neue Problemstellung, auf welche nun das Projekt des neoliberalen Empire zu reagieren versucht. Und dies ist das alleinig amerikanische Projekt der Gegenwart. *Man kann dies deshalb die Frage des Empire nennen*. Die atemberaubende Radikalvariante dieser Zielsetzung ist nicht aus der Welt, aber noch kaum in ihr: die Option, nicht mehr die Welt für Amerika sicher zu machen, sondern aus Amerika die Welt und aus der Welt Amerika zu machen: *globus americanus*.

### **Die dritte Frage: welches Empire**

Seit 2001 ist oft von einem militärischen, kulturellen oder ökonomischen American Empire zu hören. Der Begriff Empire wird dabei für einzelne Bereiche zugelassen, selten aber zur Bezeichnung einer Ordnung oder eines Systems. Tatsächlich gehen imperiale Projekte auf ein Ganzes, das sie von anderen Ordnungen unterscheidet. Die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch in anderen Kapitalismusvarianten.

<b>Merkmal</b>	<b>Imperiale Projekte...</b>
<b>Raum</b>	... haben eine territoriale Basis, die sich durch <i>Größe</i> auszeichnet und (seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts) durch eine globale <i>Reichweite</i> ( <i>reach</i> / Machtprojektion), wodurch „ <i>limitless</i> “ (Arendt) <i>Expansion</i> von <i>Macht</i> und <i>Eigentum</i> , also <i>Geopolitik</i> das zwingende Thema jedes imperialen Projekts wird („ <i>producing world order</i> “); sie besitzen die Fähigkeit zur „Verdichtung“ und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des „ <i>Overstretch</i> “ – der „Überdehnung der Macht“ ist ein genuin imperiales Problem
<b>Zeit</b>	... unterlegen ihrer Politik zumeist sehr <i>langfristige</i> Zeitskalküle („1000 Jahre“ oder gleich: „ewig“)
<b>Umwelt</b>	... zeichnen sich gegenüber ihrer Umwelt durch starke Vorteile an Verfügung über <i>Ressourcen</i> [Kapital / Reichtum, Kultur, Macht] und daraus kommender Fähigkeit zur <i>Aneignung</i> (->Einfluß) aus, der ihre <i>Souveränität</i> sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein <i>Verlassen</i> des imperialen Raums ( <i>exit</i> ) verhindert [dagegen ist <i>voice</i> durchaus zugelassen]; <i>Ungleichheit</i> durch <i>Aneignung</i> ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung (z.B. durch Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.)
<b>Kontrolle</b>	... sind imstande a) nicht nur die <i>Außenpolitik</i> , sondern auch Bereiche der <i>inneren</i> Beziehungen anderer Staaten zu kontrollieren b) eine <i>hierarchisierte zwischenstaatliche</i> Ordnung zu schaffen bzw. zu kontrollieren c) <i>nichtstaatliche Grenzen</i> zu konstruieren und zu managen
<b>Mittel</b>	... können im politischen Raum sehr unterschiedliche Machtressourcen mobilisieren (Kapital, Recht, Kultur, Gewalt) und <i>direkte / formelle</i> als auch <i>indirekte / informelle</i> („ <i>Penetration</i> “) Mittel in der Regel „ <i>cäsaristisch</i> “ (undemokratisch) und mit einem <i>signifikanten Einsatz von Zwang</i> einsetzen
<b>Subjekt</b>	... haben <i>staatszentrierte</i> komplexe Subjekte der Macht mit hoher sozialer, raum-zeitlicher Dichte
<b>Inhalt</b>	... reproduzieren mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs die Bedingungen und den Prozess der <i>Aneignung</i> (im Kern: den asymmetrischen Prozess der <i>Kapitalakkumulation</i> - aktuell mit dem Gewicht auf <i>Akkumulation durch Enteignung</i> ) und finanzieren sich übrigens auch darüber („ <i>Tribut</i> “)
<b>Moral</b>	... setzen immer deutliche <i>moralpolitische</i> (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit manichäische) Unterscheidungen: sie sind „gute“ („benign“) Unternehmungen und legen deutlich fest, wo <i>Grenzen</i> zu ziehen sind: gegenüber dem „Außen“ oder dem „Bösen“
<b>Kultur</b>	... pflegen auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eigene <i>Superiorität</i> , <i>Aberkennungspolitiken</i> und <i>Respektversagung</i>
<b>Leistung</b>	... und bieten das <i>Management der globalen Akkumulation</i> , <i>Zugang zu ihr und deren Sicherung</i> , <i>Perspektive</i> und <i>Moral</i>

Im Falle der USA erklärt sich ihr Jahrhundertaufstieg der USA zur planetaren Macht aus ihrer Fähigkeit, ein einziges Problem zu lösen, auf das David Harvey jüngst wieder hingewiesen hat. Es existiert eine grundsätzlich widersprüchliche Beziehung zwischen der Dynamik einer vorhandene - auch territoriale - Grenzen ständig neu überwindenden kapitalistischen Akkumulation einerseits und der beharrenden und „konservativen“ territorialen Logik der Politik in ihrer nationalstaatlichen, lokalen und regionalen Form andererseits. Ständig oder zumindest grundsätzlich muss eine delikate Balance gehalten werden “between keeping the world open enough to allow the capitalistic logic to unfold relatively free of constraints and keeping territorial logics stable and confined enough to prevent the rise of any grand challenge to US military and political dominance.”<sup>34</sup>

Die Realisierung der doppelten Zielstellung der Sicherung des kapitalistischen Weltsystems und seiner Akkumulation einerseits, der Dominanz der USA in einem relativ stabil aufgestellten und sicherem Staatensystem andererseits stellt sich dar in der Form eines *informal american empire*, das diese beiden Momente der geopolitischen Stabilisierung („cop“) und der gleichzeitigen Relativierung (Akkumulation) durchsetzen und bearbeiten muss. Die territoriale Logik globaler Hegemonie vollzieht sich als ein Empire, das durch ein Staatensystem *informell* herrscht – dessen „formelle“ Struktur es nur dann verändert, wenn ein „Schurkenstaat“ aus dem kapitalistischen Akkumulationsraum auszuscheiden versucht („state change“) - und welches daher die „Offenheit“ und die *open door* (eben auch für die hegemoniale Penetration seiner Machtinteressen und der Diffusion des „Amerikanismus“) zum globalen Wert verdinglicht: „be open to people, ideas, and goods from across the globe“ – National Security Directive 2002).

*Das amerikanische Imperium war somit von Beginn an informell. Durchdringung von Grenzen, nicht ihre Auflösung ist sein Arbeitsmodus. Es funktioniert nur „durch“ und vermittelt real existierender nichtamerikanischer Nationalstaaten, die zu „penetrated systems“ (James N. Rosenau) werden. Panitch / Gindin`s Charakterisierung des zentralen Problems der us-amerikanischen Politik ist daher zuzustimmen: “The need to try to refashion all the states of the world so that they become at least minimally adequate for the administration of global order -- and this is now also seen as a general condition of the reproduction and extension of global capitalism -- is now the central problem for the American state.”<sup>35</sup>*

---

<sup>34</sup> Harvey, Imperialism, S.84.

<sup>35</sup> Leo Panitch, Sam Gindin: Global Capitalism and American Empire, in: Socialist Register 2004. Vgl. dazu Joachim Hirsch: Was ist eigentlich Imperialismus? In: [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_hirsch\\_imperialismus.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_imperialismus.html) (März 2003)

<b>Die Wende zu einem neoliberalen Empire?</b>		
	<b>„Neoliberalismus“</b>	<b>„neoliberales Empire“</b>
<b>Staat</b>	„Schwacher“ Staat	Big Government
<b>Politik</b>	Vermarktlichung des Staats (Transparenz, Verantwortlichkeit, Kundenorientierung, Good Governance; Privatisierung von Regierungsfunktionen); enge Verflechtung Staat / Konzerne; Abbau Sozialstaat	Politisierung des Staats (Geheimhaltung, Starke Exekutive, Privatisierung von Regierungsfunktionen – auch Militär, Abbau Bürgerrechte, Sicherheitsstaat); enge Verflechtung Staat / Konzerne; Abbau Sozialstaat
<b>Modus</b>	Hegemonie durch Konsens, Multilateralismus, Humanitäre Intervention, Staatskriege	Hegemonie mehr durch Zwang, Politisch-militärischer Unilateralismus Präemption, Staats- und Bürgerkriege
<b>Finanzierung</b>	Steuersenkungen, „private Welfare“	Staatsverschuldung, Expansion der Rüstungsausgaben
<b>Zentrales Politikfeld</b>	„Business“ Finanz („nicht-territoriale“ Marktmacht)	„Krieg“ Territorium (politisch-militärische Geopolitik)
<b>Schlüsselakteure</b>	Börse-IMF-Schatzamt-Weltbank-WTO, INC`s	Weißes Haus, Pentagon, Geheimdienste, INC`s
<b>Integrationsmodus</b>	Universalismus des „freien“ Marktes, Sicherung des Access, Legitimation durch internationale Institutionen und Netzwerke, Marktfundamentalismus, Inklusion	Universalismus des „freien“ Marktes und der Politik (Krieg gegen den Terror), Sicherung auch durch zeitweilige Protektorate oder Okkupation, imperiale Souveränität, Zentrum – Peripherie, neue Exklusionen
<b>Raum</b>	Neoliberale Globalisierung „kein außen mehr“	Militärischer Globalismus „innen/außen“
<b>Recht</b>	Formelle Gleichheit	Hegemoniales Recht, Exzeptionalismus
<b>Kultur</b>	Kommodifizierung	Kommodifizierung und Disziplinierung; Iconen Pipelines und Flughäfen
<b>Ökonomie</b>	Ökonomischer Unilateralismus, Shareholder und Enron-Kapitalismus, „Privatisierung der Welt“, Umverteilung nach oben	Ökonomischer Unilateralismus, Kriegsökonomie, Protektionismus (?), Ressourcenkriege, Private und öffentliche Güter, Umverteilung nach oben
<b>Gesellschaft</b>	Globale Ungleichheit	Globale Polarisierung
<b>Ideologie</b>	Liberalismus	Militarisierte Neokonservatismus, Nationalismus / Moralpolitik / Ordnungsvorstellungen
<b>Contra-Akteure</b>	Multitude	Excluded / „Feinde“

Das Projekt eines US-amerikanischen imperialen Neoliberalismus ist “an attempt to merge the America whose business is business with the America whose business is war“<sup>36</sup>. In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweite verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff. Dieses Projekt zu Fall zu bringen, ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Gestalt der globalen politischen Ordnung – und deren innerer Verfassung. Eine von vielen Anfängen ist dabei, diesem Projekt seinen richtigen Namen zu geben.

---

<sup>36</sup> Pieterse, Globalization, S.45